

## **Antrag: Stärkung der Rechtssicherheit der Wahlordnung**

Von: Benjamin Kampmann

### **Antrag:**

Hinzufügen eines weiteren Absatz am Ende in §2 der Wahlordnung

(5) Eine Versammlung kann Wahlen durchführen wenn fristgerecht eingeladen wurde oder mindestens drei-viertel der stimmberechtigten Mitglieder anwesend sind.

Ersetzen des ersten Satz in §6 Absatz 3:

Sollten sich nicht mehr genug Kandidat/innen für die jeweiligen Quoten an dem jeweiligen Platz finden, dann beantragt der/die Wahlleiter/in, dass die jeweilige Quote von da an ausgesetzt wird.

Durch (unterschiede kursiv hervorgehoben):

Sollten sich *vor der Wahl eines Platzes* nicht mehr genug Kandidat/innen *finden, um eine Quote durchsetzen zu können*, dann beantragt der/die Wahlleiter/in *vor der Wahl*, dass die jeweilige Quote von da an ausgesetzt wird.

Ersetzen des ersten Satz in §6 Absatz 5:

Auf Antrag der/s Wahlleiters/in kann die Versammlung auch in offener Abstimmung bestimmen, dass die Wahl aller Plätze gemeinsam stattfinden soll.

Durch (unterschiede kursiv hervorgehoben):

*Für Wahlen von Parteiämtern* kann die Versammlung auf Antrag der/s Wahlleiters/in in offener Abstimmung bestimmen, dass die Wahl aller Plätze gemeinsam stattfinden soll.

Ersetzen von § 12 Absatz 4 durch

Bei *zweiten und allen weiteren Wahlgängen*, sowie *Stichwahlen* finden die Quoten aus § 18 der Bundessatzung keine Anwendung.

### **Begründung:**

Leider hat uns das Rechtsgutachten über die Wahlordnung erst spät letzte Nacht erreicht und ich hatte keine Zeit mehr die Wahlordnung in überarbeiteter Form fertig zu stellen. Also stelle ich die Änderung als eigenen Antrag ein. Neben der erwarteten Anzweiflung ob es sich bei Quoten um eine "allgemeine Wahl" nach dem GG handelt, hat der RA auch einige Formalien angemerkt. Dieser Antrag nimmt sich dieser an.

Zunächst ist keine Beschlussfähigkeit festgemacht worden. Dies regelt nun der neue Absatz.

Zweitens könnte durch die aktuelle Formulierung der Grundsatz der "Unmittelbarkeit der Wahlen" angezweifelt werden, da ja nach der Wahl noch eine "Willensbildung" (im Veto-Verfahren) stattfindet. Dies wird nun verhindert in dem dieser Prozess klar vor der Wahl stattfinden muss und damit die Unmittelbarkeit nicht mehr beeinträchtigen kann. Wenn dann aber nach der Quote niemand gewählt wird, wird (nach neuem 12.4) ohne Quotierung verfahren.

Des weiteren hat der RA noch darauf hingewiesen, dass die Auslegung dieser Grundsätze für Parteiinterne Wahlen nicht so streng gesehen wird, aber bei Wahllisten genauer hingeschaut wird. Um da nicht aus versehen etwas falsch zu machen, erlaubt diese Fassung nun die Zusammenfassung der Wahl nur bei parteiinternen Ämtern.